

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Hauptausschusses der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 17. Oktober 2019

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

- Anwesend: Oberbürgermeister Jörg Lutz als Vorsitzender
- Stadträte/innen: Bachmann-Ade, Cyperrek, Escher, Gohn,
Dr. Hengelage, Herzog, Höfler, Kurfeß,
Lusche, Müller, Dr. Oursin,
Dr. Reinhardt-Albiez, Rufer
Salinas de Huber, Simon, Sommer
- Entschuldigt: Stadträtin Krämer, vertreten von Stadtrat Escher
Stadträte Bernnat, vertreten von Stadträtin Cyperrek
Stadtrat Schlecht, vertreten von Stadträtin Rufer
- Ferner: Fachbereichsleiterin Baldus-Spangler
Fachbereichsleiterin Buchauer
Fachbereichsleiterin Dannecker
Fachbereichsleiter Bühler (ab 19:15 Uhr)
Fachbereichsleiter Dr. Bukow
Fachbereichsleiter Frick
Fachbereichsleiter Kleinmagd
Geschäftsführerin Ziegler-Jung, WFL
Geschäftsführer Muffler (ab 20:55 Uhr)
Geschäftsführer Nostadt
Stellv. Fachbereichsleiterin Eyhorn (bis 19:45 Uhr)
Frau Adelhardt, FB Kultur und Tourismus
Frau Moser, Burghof Kultur und Veranstaltungen GmbH
Frau Martin, Wirtschaftsförderung Lörrach (WFL)
Herr Jorg, Wirtschaftsförderung Lörrach (WFL)
Herr Dieterle, FB Jugend/Schulen/Sport (ab 19:15 Uhr)
Herr Meinhold, FB Jugend/Schulen/Sport (ab 19:15 Uhr)
- Urkundspersonen: Stadträtin Höfler und Stadträtin Kurfeß
- Schriftführung: Frau Dietsche
- Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 21:45 Uhr

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung erklärt der Vorsitzende, dass er es aufgrund des großen Interesses in der Zuhörerschaft für sinnvoll erachte, den Tagesordnungspunkt 16 vorzuziehen und nach dem Tagesordnungspunkt 2 zu behandeln. Die Räte sind mit der Vorgehensweise einverstanden.

TOP 1

Tourismusstrategie und Maßnahmen 2020

Vorlage: 188/2019

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und heißt hierzu Fachbereichsleiter Frick, Frau Adelhardt und den Geschäftsführer der ift Freizeit- und Tourismus GmbH, Herrn Kobernuß willkommen.

Herr Kobernuß stellt die Tourismusstrategie für die Stadt Lörrach anhand einer Präsentation (Anlage1) vor. Die Attraktivität von Lörrach als Ort solle gesteigert werden. Das Kernziel solle sein, Lörrach als Stadt zum Leben, Arbeiten und Investieren - als „visionäres Gebäude“ - erlebbar“ zu machen. Aus der Tourismusstrategie leiten sich die Masterprojekte/Themenkonzepte M1- Deutsches Zentrum als Dreiländerregion, M2- Die Stadt des Erlebniseinkaufs, M3- Die Stadt der Feste und Festivals ab.

Der Vorsitzende dankt für den hervorragenden Vortrag. Weiter bittet er Herrn Knakrügge aus der Zuhörerschaft, der sich für eine Wortmeldung angemeldet hatte, um seine Frage.

Herr Knakrügge möchte wissen, ob in der Leitbetrachtung über eine Umwelt-Priorisierung nachgedacht wurde.

Stadträtin Kurfeß dankt für die Präsentation. Sie bitte um Verständnis, dass sie zunächst eine erste Stellungnahme abgebe. Der Beschlussvorschlag bedürfe einer internen Diskussion innerhalb der Fraktion der GRÜNEN. Eine Bewertung sei schwierig, denke man an die Vielzahl der Beteiligten am Projekt, zum einen möchte sie ihre Freude zum Ausdruck bringen zum anderen sei ihr Blick kritisch. Sie geht auf die Wortmeldung von Herrn Knakrügge ein, Belange der Nachhaltigkeit und der Umwelt sollten Beachtung finden. Ebenso sei der Tourismusaspekt des Radfahrens und Wanderns wichtig. Sie führt aus, dass im Vergleich zu anderen Bundesländern in Lörrach in den Tourismus bereits viel investiert würde. Nach ihrer Ansicht sollte ebenso die soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit ein Ziel sein. Danach nimmt sie Stellung zu den in der Präsentation vorgestellten Masterprojekten M1-M3 (vgl. Anlage 1 S.14). Zu M1 meint sie, dass es eine noch bessere Verkehrsanbindung brauche, beim Begriff Erweiterung zum touristischen Leuchtturm kämen ihr Zweifel angesichts der Haushaltssituation. Bei M2/M3 ist sie der Auffassung, der Erlebniseinkauf und die Bereiche Feiern und Feste schon vorhanden seien. Weiter sei bei einer personellen Verstärkung nicht geklärt, woher die Einnahmen hierfür kommen sollen.

Stadtrat Lusche möchte ebenso den vorherigen Austausch in der Fraktion. Beratungsbedarf gebe es zu den beiden Zuschüssen über jeweils 20.000 € für das Marketing und die

Fasnacht, ein weiterer Punkt sei der Wunsch nach Personalstellen. Weiter macht er darauf aufmerksam, dass der Anteil der Besucher Freunden und Bekannten nicht unbedingt touristische Absichten hätten, hier hätte er sich eine differenziertere Analyse nach einzelnen Gruppen gewünscht. Ebenso finde er, dass der deutsche Zentrumsgeanke „bauchnabelzentriert“ sei, hier sei eher die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und das Miteinander indiziert. Wir würden an der großen Schwester „stark dranhängen“, daher sei eine Strategie über die Stadt hinaus wichtig. Beim Thema Erlebniseinkauf falle ihm ebenso das Erlebnis „grüner Zettel“ ein. Es werde viel Geld für Destinationsmarketing und -entwicklung benötigt. Zur Frage der Reihenfolge spricht er an, dass zunächst „hergerichtet“ und danach das „Hergerichtete“ beworben“ werden könne. Am Beispiel der Burg Rötteln, die sich in Landesbesitz befinde, wolle er die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit Partnern deutlich machen. Er wolle bis zur Beratung in der CDU-Fraktion keine Wertung abgeben.

Stadträtin Cyperrek findet das Ergebnis fundiert, alle Maßnahmen würden Geld kosten und der Auftrag sei erteilt worden. Sie überrasche daher die Reaktionen der Vorredner. Der ganzheitliche Ansatz habe auch Vorzüge für die Lörracher, es seien Kernziele erarbeitet worden, Kurz-, mittel- und langfristige Projekte seien angedacht worden, außerdem werde etwa durch ein Mobilitätskonzept das Klima profitieren. Fehlend seien jedoch Spezialangebote für Senioren, hier möchte sie auf eine alternde Gesellschaft hinweisen, diese Zielgruppe sollte ebenso in den Fokus rücken. Weiter spricht sie die Möglichkeit der Erhöhung des Kostendeckungsgrades an, es sollten etwa bei dem Zuschuss über 20.000 € die Nutznießer mit beteiligt werden. In diesem Zusammenhang werde bereits das KONUS-Programm überprüft, sie rege dies ebenso für online-Plattformen wie Airbnb an. Trotzdem erfolge eine Diskussion in der SPD-Fraktion.

Stadträtin Herzog berichtet, dass sie in der Kommission dabei gewesen sei. Ergänzend spricht sie an, dass manchmal kleine Dinge positives bewirken könnten, eine Verschönerung des Ortsbildes etwa durch das Engagement der Bürger könnten die guten Übernachtungszahlen noch steigern.

Stadtrat Gohn weist darauf hin, dass es gerade mal 53 Akteure im Bereich Tourismus gebe. Weiter spricht er die Abhängigkeit von Basel an.

Zur Frage der Klimaneutralität und der Nachhaltigkeit erläutert Herr Kobernuß, dass dies bei den Strategien mit bedacht worden sei und Anreize geschaffen würden.

Herr Kobernuß erläutert weiter, dass es bei der Positionierung um das Leben in Lörrach gehe, die Strategie des Tourismusmarketing sei auf die Identifikation der Einheimischen mit dem Thema ausgerichtet, vorhandene Angebote sollen mit Leben erfüllt und begreifbar gemacht werden. Der hohe Mitteleinsatz sei gerechtfertigt, auch aufgrund der Kennwerte etwa den hohen Anteil an Tagestouristen. Das „Dreiländerhaus“ sei keine Träumerei, sondern vielmehr eine Vision. Er wünsche sich mehr Mut zu diesem Kernthema. Dabei sei es wichtig, erste Schritte zu unternehmen. Weiter seien bei der Ermittlung der Wertschöpfung bundesweite Zahlen zugrunde gelegt worden.

Zur angesprochenen Abhängigkeit von Basel erwidert Herr Kobernuß, dass Basel ein Kooperationspartner in entfernteren Märkten sei, es solle eher die Frage gestellt werden, was ist Lörrach-die wichtigste Stadt auf der deutschen Seite.

Stadtrat Lusche wirft ein, das könne auch Weil sein.

Herr Kobernuß fährt fort, sobald ein Einkauf als Gesamterlebnis empfunden werde, desto besser sei dies und desto weniger krisenanfällig mache das. Der Preis als Argument sei hier zu relativieren.

Auf die Anmerkung von Stadträtin Cyperrek zur Einbeziehung der älteren Generation in die Strategieplanung antwortet Herr Kobernuß, dass verschiedene Generationen von Gästen mit einbezogen würden. Weiter beantwortet er relevante Fallzahlen.

Stadträtin Cyperrek hakt nach, wie die direkten Nutznießer beteiligt werden könnten.

Fachbereichsleiter Frick betont, dass es der Ausarbeitung von Experten bedürfe, um Leitplanken für die Arbeit der nächsten Jahre zu erhalten. Zur Frage der Kostenbeteiligung führt er aus, dass beim KONUS-System Anbieter geprüft und geschult und Gespräche intensiviert würden. Diese Maßnahmen bräuchten jedoch Personal und würden daher wieder Kosten verursachen. Er möchte das Plus für die Gäste nicht unerwähnt lassen, diese würden ebenso an den Kosten beteiligt. Wie eine weitere Kostenbeteiligung aussehen könne und trotzdem das Ziel, viele Gäste zu erreichen, verwirklicht werden könne, darüber werde er informieren. Der beantragte Zuschuss über 20.000 € werde aus dem Haushalt finanziert.

Stadträtin Kufeß ergänzt, dass „KONUS“ zu erhöhen, schwierig sei.

TOP 2

Digitalisierung Schulen - Praxisbericht - mündl. Bericht

Zur Eröffnung des Tagesordnungspunktes stellt der Vorsitzende den Leiter des Kreismedienzentrums, Herrn Kehl vor, der kurze Filmbeiträge der einzelnen Schulen zum Thema Digitalisierung einspielen wird. Zwischen den einzelnen Sequenzen haben die Schulleiter oder Vertreter der einzelnen Schulen die Möglichkeit, Statements hierzu abzugeben.

Zu Beginn wird ein Beitrag der Albert-Schweitzer-Schule eingespielt.

Schulleiter Weber spricht an, dass Voraussetzung eine „taugliche“ WLAN Verbindung sei, ebenso brauche es eine gute Ausstattung mit Endgeräten. Zur Umsetzung benötige die Schule personelle und finanzielle Unterstützung.

Im zweiten Beitrag stellt die Astrid-Lindgren-Grundschule ihre Arbeit vor.

Schulleiter Winzer hält es für wichtig, dass jedes Klassenzimmer als Standard mit einem Beamer und einem i-pad ausgestattet wird. Er erhoffe sich durch den Einsatz eine Verbesserung des Lernzuwachses bei den Schülern.

Die Pestalozzi Schule wird vorgestellt.

Schulleiterin Weiß möchte die Möglichkeiten der Digitalisierung schwerpunktmäßig zur individuellen Lernförderung nutzen.

Es folgt ein Beitrag der Theodor-Heuss-Realschule.

Konrektorin Sigrist berichtet, dass zur digital unterstützten Unterrichtsgestaltung bisher private Geräte verwendet werden. Der Wunsch der Schule sei eine einheitliche Infrastruktur in allen Klassenzimmern. Weiter brauche es ein sicheres WLAN mit einer schnellen und konstanten Datenverbindung. Weiter spricht sie die ausreichende Anzahl an Computer-Arbeitsplätzen und den Support an.

Es folgt ein Beitrag der Hellbergschule Brombach.

Konrektor Schmitt bittet um eine ausreichende Ausstattung mit Endgeräten (Tablets, Beamer etc.). Weiter sei ein stabiles WLAN wichtig. Ziel sei eine Erhöhung der Unterrichtsqualität.

Es folgt ein Beitrag des Hebelgymnasiums.

Schulleiterin Dr. Müller berichtet, dass die Lehrkräfte sehr motiviert seien, für eine gewinnbringende Einsetzung sei die entsprechende Schulung der Lehrer erforderlich. Weiter appelliere sie, dass die Fördermittel aus dem Digitalisierungspakt noch vor April 2022 zur Verfügung gestellt werden könnten.

Es folgt ein Beitrag der Grundschule Tumringen.

Schulleiterin Elsner bittet um die ausreichende Anschaffung von Endgeräten. Die Schule habe den Wunsch, die Digitalisierung weiter „voranzubringen“, hierzu sei es wichtig, Fördergelder zu beantragen.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Kehl sowie den Schulen für ihre Beiträge. In den Filmbeiträgen seien die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten des digital unterstützten Unterrichts sehr anschaulich präsentiert worden. Es sei der Support und die Unterstützung bei der Digitalisierung mehrfach angesprochen worden. Die personellen Ressourcen im Bereich IT seien beschränkt, es sei jedoch eine Stelle für die Digitalisierung an den Schulen geplant. Weiter sei eine flächendeckende Ausstattung mit Digitalisierungsmitteln unabdingbar.

TOP 16

Erneuerung Kunstrasenplatz und Umrüstung Flutlichtanlage TuS Stetten

Vorlage: 182/2019

Zur Eröffnung des Tagesordnungspunktes begrüßt der Vorsitzende Fachbereichsleiter Dr. Bukow, Jugendreferent Dieterle und Sportkoordinator Meinhold vom Fachbereich Jugend/Schulen/Sport.

Fachbereichsleiter Dr. Bukow erläutert, dass der Kunstrasenplatz durch die intensive Nutzung abgenutzt sei und erneuert werden müsse. Weiter stelle sich die Frage, welche Regelungen die EU künftig zur Thematik Kunstrasenplätze und Mikroplastik treffen werde. Der Verein könne ca. 72.000 € an Eigenmitteln einbringen. Das Vorhaben könne solide finanziert werden, wenn neben dem Zuschuss des Badischen Sportbundes die Stadt, die im Beschlussvorschlag beschriebenen Zuschüsse gewähren könne. Die Maßnahme sei sinnvoll, außerdem bringe der Verein viel mit ein.

Die Herren Blattner, Schatzmeister des TuS Stetten, und Güntert, 2. Vorsitzender des TuS Stetten, bitten darum, dass der Verein von einer Verpflichtung zur Rücklagenbildung in Höhe von 5000 € (vgl. Schreiben vom 21.12.2012-Anlage 2) entbunden werde.

Herr Meinhold informiert, dass es mehrere Varianten an Kunstrasen gebe und verschiedene Angebote eingeholt und geprüft würden.

Stadtrat Dr. Hengelage heißt das Projekt gut und unterstützenswert, er signalisiere daher die Zustimmung seitens der Fraktion der GRÜNEN. Er begrüßt, dass der Verein proaktiv handle, bevor eine gesetzliche Regelung hierzu verpflichte. Die später geplante Modernisierung der Flutlichtanlage werde dazu beitragen, Strom zu sparen. Er freue sich, dass die Bezuschussung durch den Badischen Sportbund gesichert ist (vgl. Anlage 2). Bei der Auswahl des Kunstrasens empfehle er eine möglichst haltbare Variante zu wählen, da der Platz zusätzlich von den Schulen genutzt und daher stark beansprucht werde.

Nach Ansicht von Stadtrat Dr. Hengelage sollte in den nächsten Jahren der Zuschuss angehoben werden, unter anderem auch, damit der Verein die Rücklagen wieder erhöhen könne.

Stadtrat Escher erachtet die Erneuerung der Rasenfläche und die spätere Modernisierung der Flutlichtanlage ebenso für notwendig. Die Höhe des eingebrachten Eigenkapitals sei respektabel.

Stadträtin Rufer lobt das Engagement des Vereins, der Kunstrasenplatz werde auch für den Schulsport und nach der Verwirklichung des 3. Gymnasiums auch für dessen Schüler zur Verfügung stehen. Sie danke dem Verein für seine Arbeit, der auch einen guten Beitrag zur Gesundheitsvorsorge leiste.

Stadtrat Müller lobt die vorausschauende Planung des TuS Stetten, die Erneuerung des Platzes anzugehen, dies sei ein „prima“ Zeitpunkt zum Handeln.

Die Herren Blattner und Günthert sprechen nochmals die häufige Nutzung des Platzes an. Es sei auch kein Ausweichplatz vorhanden. Weiter bitten sie um Auskunft, ob eine Erneuerung des Sportplatzes beim Grütt zu den gleichen Bedingungen erfolge.

Der Vorsitzende antwortet, dass der jeweiligen Situation entsprechend eine individuelle Prüfung erfolge.

Hiernach wird einstimmig folgender Beschlussfassung zugestimmt:

1. In Anlehnung an die Bezuschussung des Badischen Sportbundes (30% der zuschussfähigen Gesamtkosten) wird dem Zuschussantrag in gleicher Höhe von Euro 106.439,00 zugestimmt. Die Auszahlung der Mittel erfolgt in zwei gleichen Tranchen in den Haushaltsjahren 2020 und 2021.
2. Die darüber hinaus beantragte weitere Förderung durch die Stadt in Höhe von 20 % (= 70.000 Euro) wird dem Verein als rückzahlbarer Zuschuss zur Verfügung gestellt. Die Rückzahlung erfolgt durch Verrechnung mit der jährlichen Nutzungsentschädigung. Es werden 5.000 Euro/Jahr für die Dauer von 14 Jahren verrechnet.

TOP 3

Weiterführung des Präventionsprojekts .compass der Villa Schöpflin

Vorlage: 144/2019

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und begrüßt hierzu Fachbereichsleiterin Dannecker und Herrn Eichin, Geschäftsführer der Villa Schöpflin, Zentrum für Suchtprävention.

Herr Eichin stellt anhand einer Präsentation (Anlage3) das Präventionsprojekt **.Compass** vor.

Stadträtin Dr. Reinhardt-Albiez nimmt für die Fraktion der GRÜNEN Stellung. Sie lobt die notwendige und umfangreiche Arbeit. Sie hält das Konzept für vorausschauend und durchdacht, wobei sie die systemische Arbeit mit Schulen und Eltern hervorhebt. Mittlerweile habe die Digitalisierung und hier insbesondere die Mediennutzung als Fluchtmittel eine politische Dimension erreicht; dieser gesellschaftlichen Problemstellung trete das Zentrum für Suchtprävention sinnvoll entgegen. Die Fraktion der GRÜNEN befürworte daher die Bezuschussung gemäß der Beschlussvorlage.

Stadträtin Höfler hält die Gewährung des Zuschusses ebenso für unstrittig, weiter bemerkt sie, dass es erschreckend sei, welche Arten von Spielen frei zugänglich sind. Die CDU-Fraktion werde der Beschlussvorlage zustimmen.

Vorbehaltlich der Haushaltsplanberatungen werde die SPD-Fraktion ebenso zustimmen, so Stadträtin Bachmann-Ade. Sie bedanke sich für die großartige Arbeit. Zur Prävention seien eine kritische Medienkompetenz und Informationen wichtig. Weiter bitte sie um Auskunft, ob andere Städte das Präventionsprojekt bezuschussen.

Stadträtin Herzog zeigt sich erschrocken, dass bereits Kinder „Zusatzkarten“ zu Online-Spielen frei käuflich erwerben können. Die Fraktion der Freien Wähler werde dem Zuschuss zustimmen.

Stadtrat Gohn ist der Ansicht, dass die bedenkliche Form der Mediennutzung „gefühl“ auch in den unteren Klassen zum Problem werde und zunehme.

Herr Eichin betont, dass die Projektarbeit an Schulen, die kritische Mediennutzung und das Lernen, mit Medien sinnvoll umzugehen, wichtige Themen seien. Hierbei sei das Erlernen einer Risikokompetenz, d.h. ein Risiko wie etwa das der Verschuldung einschätzen zu können, besonders wichtig. Bereits für die 5. Klasse gebe es Präventionsprojekte.

Zur Frage der Zuschüsse führt Herr Eichin aus, dass es maßgeschneiderte Projekte gebe, die nur Lörrach zugutekommen, die Gelder der Landkreises würden hierfür nicht ausreichen.

Danach stimmt der Hauptausschuss der Beschlussfassung einstimmig zu.

Der weiteren Gewährung des Zuschusses für das Präventionsprojekt **.compass**, für die Jahre 2020, 2021 und 2022 in Höhe von 30.000€ jährlich wird unter Vorbehalt der Haushaltsplanberatung zugestimmt.

TOP 4

Bezuschussung der Personalkosten der Nachtdienste in der Notschlafstelle der AGJ Wohnungslosenhilfe in Lörrach Vorlage: 193/2019

Der Vorsitzende begrüßt zur diesem Tagesordnungspunktes Herrn Heinz von der Wohnungslosenhilfe des Landkreises Lörrach.

Herr Heinz stellt den Sachverhalt anhand einer Präsentation vor (Anlage 4).

Der Vorsitzende dankt für die Ausführungen und bittet die Fraktionen um ihre Stellungnahmen.

Die Fraktionen bekunden jeweils ihre Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Stadträtin Dr. Oursin hält es für ein Gebot, das Erich-Reisch-Haus zu unterstützen. Sie konnte sich bei einem Besuch im September von der guten Arbeit überzeugen. Weiter sei der Zuschuss zur Erfüllung dieser Pflichtaufgabe notwendig.

Stadträtin Sommer äußert Anerkennung für die gute Arbeit, die geleistet werde, die Stadt sei hier in der Pflicht.

Stadträtin Bachmann-Ade führt aus, dass eine humanistische Verpflichtung der Gesellschaft zur Unterstützung bestehe. Als Gründe für die hohen Belegungszahlen führt sie unter anderem den überhitzten Wohnungsmarkt an sowie die Schwierigkeit Alleinstehender, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Sie erkundigt sich, ob Hunde in der Notschlafstelle zugelassen seien.

Stadtrat Müller fragt nach den Gründen, wieso „zwei Nachtdienste“ erforderlich seien.

Herr Heinz antwortet, dass es immer schon einen Nachtdienst mit dem jetzigen Personalaufwand gegeben habe, die Arbeit sei aber zum Teil ehrenamtlich erbracht worden. Der Nachtdienst in der jetzigen Form sei dringend erforderlich, es bestehe eine hohe Verantwortung, denke man nur zum Beispiel an den Brandschutz.

Auf die Frage von Stadträtin Bachmann-Ade erläutert Herr Heinz, dass Hunde zugelassen seien, dies jedoch eine Herausforderung darstelle. Diese Bewohner würden in einer getrennten Räumlichkeit untergebracht.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Beschlussvorlage zu.

Der Gewährung des Zuschusses in Höhe von 21.000 € für die Notschlafstelle der AGJ Wohnungslosenhilfe im Landkreis Lörrach für die Jahre 2020, 2021 und 2022 wird unter Vorbehalt der Haushaltsplanberatung zugestimmt.

TOP 5

Städtische Wohnbaugesellschaft Lörrach mbH / Lörracher Stadtbau-GmbH Jahresabschlüsse 2018 Vorlage: 150/2019

Der Vorsitzende führt kurz in die Tagesordnung ein. Er stellt fest, dass die Städtische Wohnbaugesellschaft Lörrach mbH / Lörracher Stadtbau GmbH ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2018 abgeschlossen haben und begrüßt hierzu Geschäftsführer Nostadt.

Geschäftsführer Nostadt erläutert die Kernpunkte der Beschlussvorlage und des Geschäftsberichtes. Es konnte ein Jahresüberschuss erzielt werden und insgesamt ergebe sich ein stabiles Finanzbild. Er geht auf einzelne Projekte ein, die in 2018 abgeschlossen werden konnten. Hierbei nennt er die Sanierung des Wohnquartiers Salzert, das sich zu einem beliebten Viertel entwickelt hat. Weiter wurden im Neumattquartier an der

Austraße und in Schopfheim an der Roggenbachstraße Gebäude anstatt wie zunächst geplant, nicht abgerissen, sondern saniert. Somit konnte guter und günstiger Wohnraum geschaffen werden. Die Wohnbau Lörrach lege besonderen Wert auf gute Quartiersarbeit, diese sei auch landesweit einmalig. So sei im Neumattquartier ein Gemeinschaftsgebäude eingerichtet worden, das häufig frequentiert werde und gute Resonanz finde. An Neubauprojekten, die in 2018 begonnen wurden, stellt Geschäftsführer Nostadt Bauvorhaben im Mittleareal in Tumringen und in Schopfheim am Eisweiher vor. Insgesamt 5 Projekte (z.B. Areal Weberei Conrad, Ortstattstraße/Schlichtergasse in Brombach) seien in Planung oder in der Umsetzung. Ebenso konnte ein Generalmietvertrag im „LÖ“ über 60 Wohnungen abgeschlossen werden. Die Wohnbau Lörrach verzeichne ca. 2900 Mietinteressenten. Die Mieterfluktuation lag 2018 bei lediglich 6,5 %. Abschließend informiert er, dass der Überschuss der Stadtbau Lörrach an die Wohnbau Lörrach übergang.

Stadträtin Kurfeß betont, dass der erwirtschaftete Jahresüberschuss, der zu einer höheren Eigenkapitalquote geführt hat, Grund zur Freude und wichtig für künftige Investitionen sei. Wie erwartet gebe es eine hohe Wohnungsnachfrage bei kleineren Wohnungen. Die Mieten lägen mit 5-6,5 € pro Quadratmeter in einem günstigen Bereich. Weiter halte sie einen Stellplatz pro Wohnung für ausreichend. Ebenso befürworte sie den Verkauf von Wohnungen, damit neu investiert werden könne. Die Fraktion der GRÜNEN könne der Beschlussfassung mit Begeisterung zustimmen. Sie freue sich auf die neuen Projekte der Wohnbau Lörrach.

Stadtrat Escher kann im Namen der CDU-Fraktion Geschäftsführer Nostadt für den vorgestellten Geschäftsbericht, die guten Ideen und das gute Umsetzen nur gratulieren. In Tumringen sei mit viel Fingerspitzengefühl das Vorhaben im Mittleareal angegangen worden. Beim sozialen Wohnungsbau habe die Wohnbau Lörrach eine glückliche Hand. Ebenso sei die Bildung von Rücklagen zur Stärkung des Eigenkapitals wichtig. Er finde das Konzept insgesamt stimmig und einzigartig in Deutschland.

Stadträtin Cyperrek spricht den Geschäftsführer direkt mit den Worten an, „wir wissen, was wir an ihnen haben“, besonders gut habe ihr der Optimismus gefallen, den wir auch brauchen. Die Wohnungsnachfrage sei groß, die Fluktuation auf einem Tiefstand. Weiter spricht sie Hemmnisse für den Wohnungsbau an, die Baulandmenge, die Baulandpreise, die Erbpacht, Partikularinteressen sowie die geforderten hohen Standards. Aus dem Geschäftsbericht ergebe sich, dass Stellplätze vermietbar seien, daher mache sie den Vorschlag, dass dies für Pendler publik gemacht werde. Weiter weist sie darauf hin, dass aufgrund des demografischen Wandels der Bedarf an kleinen und altersgerechten Wohnungen steigen werde. Sie danke für das Schaffen und Erhalten von bezahlbarem Wohnraum, die Quartiersarbeit und das Übernehmen von Verantwortung für eine positive Stadtentwicklung. Sie signalisiere Zustimmung seitens der SPD-Fraktion.

Stadtrat Müller dankt ebenso für die gute Arbeit und bekundet die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler. Er fragt nach, ob eher Neubauten oder günstiger Wohnraum nachgefragt werde.

Geschäftsführer Nostadt antwortet, dass die gemeldeten Wohnungsinteressenten eine Wohnung etwa in einem anderen Stadtteil suchen würden oder die gewünschte Wohnungsgröße sich geändert habe.

Stadträtin Herzog dankt für die Quartiersarbeit in den Orts- und Stadtteilen, die sie außerordentlich wichtig finde.

Der Hauptausschuss stimmt der Beschlussfassung einstimmig zu.

1. Der Gemeinderat bevollmächtigt den Oberbürgermeister in der Gesellschafterversammlung der Städtischen Wohnbaugesellschaft Lörrach mbH, der Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 und der Zuführung des Bilanzgewinnes in Höhe von 908.961,79 Euro zu den freien Rücklagen zuzustimmen.
2. Der Gemeinderat nimmt den Jahresabschluss 2018 der Lörracher Stadtbau-GmbH zur Kenntnis.
3. Der Gemeinderat bevollmächtigt den Oberbürgermeister weiterhin in der Gesellschafterversammlung der Städtischen Wohnbaugesellschaft Lörrach mbH der Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates zuzustimmen.

TOP 6

WFL Wirtschaftsförderung Lörrach GmbH

Jahresabschluss 2018

Vorlage: 152/2019

Der Vorsitzende begrüßt zur Eröffnung des Tagesordnungspunktes Geschäftsführerin Ziegler-Jung, Frau Martin, Leiterin des Kompetenzfeldes Fachkräfte und Nachwuchsförderung, sowie Herrn Jorg, Leiter des Kompetenzfeldes Gewerbe- und Standortentwicklung.

Geschäftsführerin Ziegler-Jung geht auf die Anfänge des Innocel Innovations-Centers ein und gibt einen Ausblick auf die Auslastung im kommenden Jahr (Anlage 5). Erfreulich sei die Entwicklung im Innocel-Quartier mit den beiden Neubau-Projekten der Firmen Pharmavertrieb Heinze und Pharma Korell. Auch für die Restfläche sei die Wirtschaftsförderung in vielversprechenden Gesprächen mit Interessenten.

Herr Jorg erläutert die nächsten Schritte zur Entwicklung des KBC-Areals sowie des Areals Lauffenmühle. Beide Areale seien durch ihre Lage und Größe wertvolle Assets für die wirtschaftliche und gewerbliche Entwicklung des Standortes Lörrach.

Frau Martin stellt die Arbeit des phaenovum Schülerforschungszentrums Lörrach-Dreiländereck anhand aktueller Kennzahlen vor. Sie berichtet weiter, dass es im Fachbereich explore künftig eine Sternwarte geben werde und dass im Rahmen der phaenovum Werkstatt eine offene Holz- und Elektronikwerkstatt gestartet wurde.

Der Vorsitzende bedauert, dass mit der Lauffenmühle ein großer Traditions-Textilbetrieb verloren gegangen sei. Beim Areal-Lauffenmühle müsse man nun neue Wege beschreiten. Zur Arbeit des phaenovum Schülerforschungszentrums führt er aus, dass es hier nicht um Altruismus gehe, sondern dass hier Nachwuchsförderung betrieben werde. Viele Städte und Gemeinden würden Lörrach um dieses hervorragende Angebot beneiden.

Stadträtin Kurfeß hebt hervor, dass ihr die Arbeit der Wirtschaftsförderung Lörrach lieb und teuer sei. Die Fraktion der GRÜNEN werde dem Antrag zustimmen. Sie resümiert, dass es gut sei, dass die Stadt mit dem Investor des KBC-Areals in Kontakt sei. Der Schritt, das Lauffenmühle-Areal zu erwerben, sei mutig im Hinblick auf die Vertragsverhandlungen, die Entwicklungsmöglichkeiten der Fläche und wie sich dies vom Haushalt her gestalte. Sehr schön sei, dass beim phaenovum Schülerforschungszentrum die Begeisterung für die Naturwissenschaften geweckt und gefördert werde.

Stadtrat Lusche dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Wirtschaftsförderung für ihre gute Arbeit. Gut finde er, dass durch die Veränderungen im Innocel ganz bewusst die Möglichkeit geschaffen werde, dass viele kleine Unternehmen sukzessive nachziehen können. Auf das phaenovum eingehend spricht er die Nachwuchsförderung an, die zum Nutzen für die Stadt werden könne. Die Areale Lauffenmühle, KBC und auch das Krankenhausareal würden das Gesicht der Stadt Lörrach in Zukunft stark verändern und prägen. Nicht alles gehe aufs Mal, hier müsse man langfristig und nachhaltig mit Partnern zusammenarbeiten.

Stadtrat Simon begrüßt den soliden Jahresabschluss. Die SPD-Fraktion sei überzeugt von der guten Arbeit der Wirtschaftsförderung, dafür spreche sie ihren Dank aus.

Stadtrat Müller betont, dass durch die transparente Darstellung Vertrauen geschaffen werde. Er schließt sich den dankenden Worten vollumfänglich an.

Stadträtin Cyperrek bittet um rechtzeitige Information, falls es Bestrebungen geben sollte, auf dem KBC-Areal Wohnraum zu schaffen, Das müsse intensiv diskutiert werden.

Danach stimmt der Hauptausschuss der Beschlussfassung einstimmig zu.

1. Der Gemeinderat bevollmächtigt den Oberbürgermeister in der Gesellschafterversammlung der WFL Wirtschaftsförderung Lörrach GmbH der Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 und dem Vortrag des Jahresüberschusses in Höhe von 45.510,81 Euro auf neue Rechnung zuzustimmen.

2. Der Gemeinderat bevollmächtigt den Oberbürgermeister weiterhin in der Gesellschafterversammlung der WFL Wirtschaftsförderung Lörrach GmbH der Entlastung der Geschäftsführerin und des Aufsichtsrates zuzustimmen.

TOP 7

Zuschuss für die ehrenamtliche Wohnanpassungsberatung der Fritz-Berger-Stiftung Vorlage: 141/2019

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und bittet sogleich die Räte, Fragen zu stellen.

Stadträtin Höfler erkundigt sich, inwieweit andere Städte und Gemeinden sich mit Zuschüssen beteiligen würden.

Fachbereichsleiter Dannecker teilt mit, dass sich auch weitere Gemeinden u.a. Weil am Rhein, Grenzach-Wyhlen, Rheinfeldern an den Kosten beteiligten. Die genaue Höhe sei aber nicht bekannt und werde angefragt.

Danach besteht kein weiterer Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

Der Gewährung des Zuschusses für den ehrenamtlichen Wohnberatungsdienst der Fritz-Berger-Stiftung, für die Jahre 2020, 2021 und 2022 in Höhe von 2.500€ wird unter Vorbehalt der Haushaltsplanberatung zugestimmt.

TOP 8

Zuschuss Pro Digno e.V. Vorlage: 142/2019

Die Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keinen weiteren Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Danach stimmt der Hauptausschuss einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

Der Weitergewährung des Zuschusses für Pro Digno e.V., für die Jahre 2020, 2021 und 2022 in Höhe von 10.000 € wird unter Vorbehalt der Haushaltsplanberatung zugestimmt.

TOP 9

Zuschussantrag pro familia für das Projekt "wellcome" Vorlage: 147/2019

Die Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Nachdem es gibt keinen weiteren Erläuterungs- und Diskussionsbedarf gibt, stimmt der Hauptausschuss einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

Der weiteren Gewährung für das Projekt „wellcome“ für die Jahre 2020 und 2021 in Höhe von 3.700€ wird unter Vorbehalt der Haushaltsplanberatung zugestimmt.

TOP 10

Einmaliger Zuschussantrag Deutsches Rotes Kreuz Ortsverein Lörrach und Ortsteile e.V.

Vorlage: 163/2019

Die Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keinen weiteren Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Danach stimmt der Hauptausschuss einstimmig folgender Beschlussfassung zu:
Der Gewährung des einmaligen Zuschussantrages für den DRK Ortsverein Lörrach und Ortsteile e.V. für das Jahr 2020 in Höhe von 5.500€ wird unter Vorbehalt der Haushaltsplanberatung zugestimmt.

TOP 11

Antrag auf Erhöhung des Zuschusses der Frauenberatungsstelle e.V.

Vorlage: 164/2019

Der Vorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und gibt das Wort an Fachbereichsleiterin Dannecker weiter.

Fachbereichsleiterin Dannecker erläutert die Beschlussvorlage; hierbei begründet sie die ablehnende Haltung zu einer Erhöhung des Zuschusses, unter anderem mit dem guten Kassenstand des Vereins und dem Abwarten der Zuschusshöhe anderer Städte und Gemeinden, deren Einwohner ebenso das Beratungsangebote der Frauenberatungsstelle in Anspruch nehmen.

Stadträtin Dr. Reinhardt-Albiez hebt hervor, dass es sich um einen kleinen Verein handle und die Leistungen massiv gestiegen seien. Sie führt hierzu die Trauma Beratung und die Beratung von Frauen mit Migrationshintergrund an; insbesondere durch diese Arbeit könne die Integration von Familien erheblich gefördert werden. Aufgrund der gestiegenen Personalkosten des Vereins sollte einer Erhöhung des Zuschusses zugestimmt werden.

Stadtrat Escher gibt zu bedenken, dass wichtige Präventionsarbeit geleistet werde, wodurch höhere Folgekosten verhindert werden könnten. Es sollte vorher noch die Zuschusshöhe der anderen Gemeinden erfragt werden. Nach seiner Ansicht sei grundsätzlich die Erhöhung des Zuschusses auf 12.000 € gewollt.

Stadtrat Müller ist der Ansicht, dass hier wertvolle Arbeit geleistet werde, er halte daher die Erhöhung des Zuschusses für sinnvoll.

Stadträtin Kurfeß bringt ein, dass der Landkreis die Arbeit des Vereins positiv sehe. Ebenfalls sei die Werbung des Vereins für mehr Unterstützung sinnvoll.

Der Vorsitzende stellt das positive Votum für die Frauenberatungsstelle fest und verzichtet auf eine Abstimmung.

Es erfolgt eine Kenntnisnahme der Beschlussfassung.

TOP 12

Zuschussantrag der Drogen- und Jugendberatungsstelle Lörrach des Arbeitskreises Rauschmittel e.V. (AKRM)

Vorlage: 171/2019

Die Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen weiteren Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Danach stimmt der Hauptausschuss einstimmig der Beschlussfassung zu:

Der Weitergewährung des Zuschusses in Höhe von jeweils 3.300 € (Sachkostenzuschuss) und 5.500 € (Projektzuschuss) für die Jahre 2020 bis 2022 für den Arbeitskreis Rauschmittel (AKRM) wird vorbehaltlich der Haushaltsplanberatung zugestimmt.

TOP 13

Zuschussantrag der Suchthilfe Drehscheibe

Vorlage: 172/2019

Die Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keinen weiteren Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Danach stimmt der Hauptausschuss einstimmig der Beschlussfassung zu:

Der Weitergewährung des Zuschusses für die Suchthilfe Drehscheibe, für die Jahre 2020, 2021 und 2022 in Höhe von 4.500 € wird unter Vorbehalt der Haushaltsplanberatung zugestimmt.

TOP 14

Erhöhung des städtischen Zuschusses für die Lörracher Strassenfasnacht

Vorlage: 138/2019

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und gibt das Wort an Fachbereichsleiter Frick weiter.

Fachbereichsleiter Frick stellt den Sachverhalt anhand der Beschlussvorlage vor und betont abschließend, dass die Lörracher Fasnacht (als Beispiel nennt er die „Gugge explosion“) sich zu einem Besucher-Magnet entwickelt habe.

Stadträtin Kurfeß anerkenne die enorme Arbeit, die geleistet werde. Es bestehe jedoch noch Diskussionsbedarf innerhalb der Fraktion auch zur Frage der geplanten Werbemaßnahmen. Dem Beschlussvorschlag könne noch nicht zugestimmt werden.

Stadtrat Lusche bekundet, dass er das nicht anders als seine Vorrednerin sehe. Er selbst sei ein Freund der Lörracher Fasnacht. Er gibt zu bedenken, dass zwischen der Gilde und der Straßenfasnacht unterschieden werden müsse. Wenn er die Beträge für die Themenstellungen „Zuschuss Tourismus allgemein“ über 20.000 € und „Zuschuss Winterevent“ über 20.000 € zusammenzähle ergibt das eine Summe von 40.000 €. Es bedürfe der Meinungsfindung innerhalb der CDU-Fraktion.

Die Leistung stehe außer Frage, stellt ebenso Stadträtin Rufer fest. Sie fragt sich, ob die Narrengilde als „Werbeagentur“ für die Stadt auftrete. Weiter habe sie Zweifel, ob die Möglichkeiten des Sponsorings bereits ausgeschöpft worden sind. Da es sich um einen großen Zuschuss handle, werde die Beschlussvorlage ebenfalls innerhalb der SPD-Fraktion beraten werden.

Stadtrat Müller werde die Vorlage ebenfalls innerhalb der Fraktion der Freien Wähler beraten.

Stadtrat Escher bringt das Argument der Anschubfinanzierung als einmaligen Zuschuss in die Debatte. In der Beschlussfassung sei der Zuschuss ab 2020 zu gewähren. Weiter stellt er die Frage zur Höhe der Leistungen, die jetzt schon die Stadt erbringe wie beispielsweise Werkhofleistungen.

Fachbereichsleiter Frick nennt an Werkhofleistungen/Miete/sonstiges Budget die ungefähre Summe von 28.000. €.

Stadtrat Müller bittet darum, die entgangenen Einnahmen in die Überlegungen miteinzubeziehen.

Der Vorsitzende kann eine allgemeine Skepsis feststellen und ist der Meinung, dass der Dialog mit der Gilde gesucht werden solle.

Auf Nachfrage von Stadtrat Escher zu den Informationen, erklärt der Vorsitzende, dass diese für die Sitzung des Hauptausschusses am 05.12.2019 vorliegen werden.

Der Hauptausschuss nimmt von der Beschlussvorlage Kenntnis.

TOP 15

Städtische Bezuschussung der Lörracher Kindertagespflegepersonen

Vorlage: 185/2019

Der Vorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und gibt das Wort an Fachbereichsleiter Dr. Bukow weiter.

Fachbereichsleiter Dr. Bukow erläutert die Beschlussvorlage. Er geht insbesondere darauf ein, dass die Kindertagespflege, die sich in der Trägerschaft des Landkreises befindet, eine strategisch sinnvolle Ergänzung sei und eine Entlastung für den institutionellen Kinderpflegebereich der Stadt Lörrach darstelle.

Stadträtin Kurfeß erkennt die Kindertagespflege als strategische Maßnahme an, um die Erfüllung der Pflicht zur Betreuung der Kinder unter 3 Jahren (U3) erfüllen zu können. Es sei jedoch unerlässlich, in Kindertagesstätten zu investieren und Krippenplätze zur Verfügung zu stellen, da hier ein „anderer Service“ geboten werden könne. Die Fraktion der GRÜNEN werde hierüber noch beraten.

Stadträtin Sommer sieht die Kindertagespflege als wichtige Säule in der Kinderbetreuung. Darüber hinaus erachtet sie diese auch als notwendig, um den bestehenden Rechtsanspruch der Eltern erfüllen zu können. Der Landkreis hat die Bezahlung der Tagespflegepersonen auf 6,50 € für Kind und Stunde festgelegt. Der städtische Zuschuss von 1 € pro Kind könne auch zur Entlastung der Eltern genutzt werden.

Stadtrat Simon ist ebenso der Ansicht, dass die Kindertagespflege eine wichtige Säule der Kinderbetreuung darstelle. Weiter würde der städtische Haushalt hierdurch entlastet werden und diese Form der Betreuung könne den Bedürfnissen der Eltern ebenso entgegenkommen. Anmerken möchte er, dass die Tagesmütter „schlecht bezahlt“ würden und die Stadt Lörrach die einzige Kommune sei, die keinen Zuschuss zahle. Die SPD-Fraktion werde dem Antrag daher zustimmen.

Stadträtin Herzog ist der Ansicht, dass die Höhe des Zuschusses nicht klein sei. Bei der Randzeitbetreuung spricht sie an, dass hier ein sehr langer Arbeitstag gemeistert werden müsse. Innerhalb der Fraktion der Freien Wähler werde der Antrag daher noch beraten.

Stadtrat Lusche merkt an, dass die Wertigkeit der 2. Säule nicht zu gering zu schätzen sei.

Der Vorsitzende stellt abschließend dar, dass beide Säulen, die Kindertagespflege und die institutionelle Betreuung als sich ergänzende Dienstleistungen wichtig seien. Ebenso sei zu bedenken, dass es momentan schwierig sei, Personal für die Kitas zu finden.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der Beschlussvorschlag zur Kenntnis genommen werde.

TOP 17

Hellbergschule Brombach - Sanierung Naturwissenschaftliche Räume

Vorlage: 165/2019

Der Vorsitzende führt eingangs aus, dass der Tagesordnungspunkt bereits in der Ortschaftsratssitzung und im Ausschuss für Umwelt und Technik vorgestellt wurde und begrüßt hierzu Fachbereichsleiterin Buchauer. Er bittet sogleich um die Stellungnahmen.

Stadträtin Kurfeß ist davon überzeugt, dass die naturwissenschaftlichen Räume an der Hellbergschule nicht mehr zeitgemäß sind und die Sanierung dringend erforderlich ist, daher werde die Fraktion der GRÜNEN dem Antrag zustimmen.

Stadtrat Lusche nimmt zuerst Stellung zu Punkt 1. der Beschlussvorlage. Die Sanierung sei für die Hellbergschule perspektivisch wichtig. Bei Punkt 2 halte er es für schwierig, dass neben dem Baupreisindex von 3,5 %, der die zu erwartenden jährlichen Baupreissteigerungen abbildet, bei jeder Vorlage die Kostenunsicherheit von 20 % mit aufgenommen werde.

Stadtrat Lusche erklärt, dass die CDU-Fraktion daher Punkt 1. der Beschlussvorlage zustimmen werde, bei Punkt 2 bestehe fraktionsintern grundsätzlicher Gesprächsbedarf.

Stadträtin Cyperrek spricht sich im Namen der SPD-Fraktion für eine Zustimmung zur Beschlussvorlage in beiden Punkten aus. Die Sanierung sei eine Investition in die Bildung und daher sinnvoll und unerlässlich. Sie betont, dass zu Punkt 2. bereits eine Diskussion stattgefunden habe.

Stadträtin Herzog spricht den Wunsch aus, dass die Fertigstellung rechtzeitig im Jahr 2020 erfolge und signalisiert Zustimmung seitens der Fraktion der Freien Wähler.

Stadtrat Gohn spricht an, dass es ein Glück sei, in modernen Räumen unterrichten und lernen zu können. Er spricht den Baupreisindex und die Kostenunsicherheit ebenfalls an. Der Vorsitzende unterstreicht, dass nach dem derzeitigen Planungsstand eine Kostenunsicherheit von +/- 20 % durchaus üblich sei.

Fachbereichsleiterin Buchauer stellt dar, dass die vorliegende Planung im Stadium der Entwurfsplanung und Kostenberechnung sei. Deshalb sei hier noch keine höhere Kostenunsicherheit möglich. Diese können erst bei einer vertiefter Planung genauer werden. In

Punkt 2 der Beschlussvorlage werde um Kenntnisnahme der Kostenunsicherheit gebeten, ein Beschluss zur Kostenerhöhung gehe damit nicht einher.

Der Vorsitzende betont, dass die Schule diese Sanierung verdient habe; weiter solle der eingefügte Hinweis auf die Kostenunsicherheit „Frustration verhindern“. Bei Punkt 2 handle es sich lediglich um einen deklaratorischen Beschluss. Die Ausschussmitglieder lehnen die Abstimmung hierüber ab.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

1. Der Planung und Kostenberechnung für die Sanierung der naturwissenschaftlichen Räume an der Hellbergschule in Höhe von 350.000 € wird zugestimmt.

TOP 18

BAK Economics AG Basel, Rückkauf von zwei Stammaktien durch die Geschäftsleitung Vorlage: 160/2019

Die Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keinen weiteren Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Danach stimmt der Hauptausschuss einstimmig der Beschlussfassung zu:

Der Gemeinderat stimmt dem Rückkauf der zwei BAK Economics AG Aktien durch Herrn Marc Bros de Puechredon, Geschäftsleitung, Vorsitzender der BAK Economics AG zum Rückkaufpreis von CHF 200,00 pro Aktie, insgesamt CHF 400,00 (=ca. 368,00 Euro) zum nächst möglichen Zeitpunkt zu.

TOP 19

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

-keine-

TOP 20

Allgemeine Anfragen

20.1

Stadtrat Gohn möchte wissen, ob beim HTG im Liftschacht denn mittlerweile ein Lift drin sei oder wann damit zu rechnen sei.

Der Vorsitzende erklärt, dass aufgrund der Haushaltslage der Lift erst mal nicht vorgesehen sei.

20.2

Stadtrat Escher fragt mit dem Blick auf die Uhr, ob zukünftig bei langen Sitzungen eine Verpflegung angeboten werde.

Der Vorsitzende sichert dies zu.

TOP 21 Offenlegungen

21.1

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 19. September 2019

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: